

„Die Verantwortung für die Zukunft Europas und des Euro liegt auf den Schultern Frankreichs und Deutschlands.“

Gespräch mit Bernard de Montferrand, ehemaliger französischer Botschafter in Berlin von 2007 bis 2011.



Dieses Interview erscheint anlässlich der Veröffentlichung des von Bernard de Montferrand in Zusammenarbeit mit Jean-Louis Thiériot geschriebenen Buches „France Allemagne – L'heure de vérité“, das im November 2011 im Verlag Tallandier, Paris, erschienen ist.

Fortsetzung

1. Am 22. Januar jährt sich zum 49. Mal die Unterzeichnung des Elysée-Vertrags. Wie bewerten Sie aktuell die deutsch-französische Partnerschaft? Hat Ihrer Meinung nach die Wirtschaftskrise Frankreich und Deutschland näher zusammen gebracht oder – im Gegenteil – weiter voneinander entfernt?

Die Krise hätte zu einem großen Knall in den deutsch-französischen Beziehungen führen können. Das Gegenteil ist der Fall: Die Krise hat bewiesen, dass Europa – mehr denn je – von Berlin und Paris Lösungen erwartet und dass beide Tag für Tag bereit sind, diese Lösungen zu liefern. Wer sonst außer den beiden hat die Initiative ergriffen? Wie aus aktuellen Umfrageergebnissen [des Meinungsforschungsinstituts] TNS Sofres ersichtlich ist, gibt es in beiden Ländern bei Bürgern und politischen Entscheidungsträgern gleichermaßen ein starkes Bewusstsein dafür, dass die Verantwortung für die Zukunft Europas und des Euro auf den Schultern Frankreichs und Deutschlands liegt. Wie immer sind die deutsch-französischen Wege zur Entscheidungsfindung schwierig, es gibt unterschiedliche Interessen und Empfindlichkeiten. Oft wird beiden Ländern vorgeworfen, zu wenig, zu spät oder in Alleingängen zu handeln. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass, sobald sich der Spekulationsnebel gelichtet hat, festgestellt werden wird, dass wir Gipfeltreffen auf Gipfeltreffen mit unseren Partnern dem europäischen Wirtschaftshaus neue Bausteine hinzugefügt haben, die seit zehn Jahren fehlten. Der Grund, weshalb die großen Europäer wie Kohl, Mitterrand oder Delors dieses Ziel nicht verwirklichen konnten, liegt darin, dass dieses Thema den empfindlichen Kernbereich der staatlichen Souveränität berührt.

Die Krise und der feste Wille der politischen Entscheidungsträger machen nunmehr den Weg frei für die Gründung einer veritablen europäischen Wirtschaftsregierung, die auf drei Hauptpfeilern beruht: Neue verbindliche Regeln, eine ausreichende finanzielle Ausstattung dank des permanenten Rettungsfonds und eine institutionelle Basis in Form der Eurogruppe, die auf festen Strukturen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs und der Finanzminister basiert.

2. In Ihrem Buch vergleichen Sie das deutsche und französische Wirtschaftssystem und die Politik beider Länder. Sie schreiben hierzu, dass „die Konvergenz gleichzeitig eine Notwendigkeit und eine Chance darstellt“. Was verstehen Sie unter „Konvergenz“? Ist sie wirklich möglich trotz der mentalen und kulturellen Unterschiede? Sehen Sie schon positive Ergebnisse?

Lassen Sie mich zwei Beispiele anführen. Zunächst wird uns die Konvergenz zu einer europäischen Wirtschaftsregierung führen. Noch vor drei Jahren lehnte Deutschland jegliche Organisation der Eurogruppe kategorisch ab, ebenso die Einrichtung eines Rettungsfonds oder eine Vergrößerung der Handlungsspielräume der EZB. In all diesen Punkten hat sich Deutschland enorm bewegt. Selbst Eurobonds sind kein Tabuthema mehr, unter der Bedingung, dass diese erst am Ende des Reformprozesses sinnvoll erscheinen. Auf der anderen Seite hat Frankreich sich zu mehr Stabilität verpflichtet, indem eine schnellere Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt erfolgen soll.

Ebenso vor drei Jahren wurden Deutschland und Frankreich dafür kritisiert, dass das Wachstum Deutschlands auf Exporten basiere und das Wachstum Frankreichs auf der Binnennachfrage. Ich stelle fest, dass sich diese Strategien

„Die Verantwortung für die Zukunft Europas und des Euro liegt auf den Schultern Frankreichs und Deutschlands.“

inzwischen wieder ausgeglichen haben. Seit zwei Jahren beruht das deutsche Wachstum auch auf einer verstärkten Binnennachfrage und unsere Nachbarn machen sich Sorgen um niedrige Löhne im Dienstleistungssektor. In Frankreich haben wir viel in die Wege geleitet, um unsere Wettbewerbsposition bei Exporten zu verbessern.

Allgemeiner gesprochen haben wir uns bezüglich vieler Ideen und Verhaltensweisen sehr stark angenähert, obwohl natürlich jedes Land zu manchen Fragen eine eigene Ideologie verfolgt. Am Ende des zweiten Weltkrieges vertraten Deutschland und Frankreich völlig gegenteilige Ansichten. Frankreichs Politik war interventionistisch und protektionistisch, während die Politik Deutschland eher liberal und freihandelsorientiert war. Inzwischen folgen beide Länder den gleichen europäischen Regeln.

Seit Beginn der 2000er- Jahre haben Frankreich und Deutschland eine unterschiedliche Wirtschaftspolitik verfolgt. Deutschland setzte die Prioritäten im Wettbewerb und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, hierfür wurden tiefgreifende Reformen durchgeführt, demgegenüber legte Frankreich den Schwerpunkt auf den Konsum und höhere Einkommen. Hierbei handelt es sich aber um eine reversible Politik und nicht um schicksalhafte Strukturen. Dies zeigen die bereits begonnenen Reformen in Frankreich.

3. Deutschland hat die Krise bisher gut überstanden, die Wirtschaftszahlen für 2011 sind der Beweis dafür. Hat sich der Blick Frankreichs auf Deutschland verändert? Stellen Sie fest, dass Deutschland jetzt selbstbewusster auftritt? Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland sich zu sehr als ‚Klassenbeste‘ aufführt?

Kennen Sie einen Klassenbesten, der nicht stolz auf sich ist, zumal dann, wenn er viel arbeiten musste und viel aufzuholen hatte? Erinnern Sie sich daran, dass Deutschland Anfang der 2000er-Jahre als „kranker Mann Europas“ galt. In Deutschland gibt es einerseits ein sehr ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein für Europa und für den Euro und andererseits eine gewisse Abwehrhaltung gegenüber jedem Risiko, das der Wirtschaft Deutschlands schaden könnte, deren Wohlergehen so hart erkämpft werden musste. Es gibt auch eine moralisierende öffentliche Meinung, die eine Bestrafung der Budgetsünder fordert und die nicht immer der beste Ratgeber ist. Die Deutschen sagen „Ja“ zur Solidarität, aber unter der Bedingung, dass jeder die Verantwortung für sein Handeln übernimmt und dass neue präzise Regeln festgeschrieben werden. Andernfalls könnten sich alle aus der Verantwortung stehlen, ohne für die Fehler der Vergangenheit zahlen zu müssen und ohne diese zu beheben, obwohl diese Fehler dazu führten, dass es allen sehr leicht gemacht wurde, die Maastricht-Kriterien zu verletzen. Deutschland als Garant des Euro sieht sich in der rechtmäßigen Position, von

seinen Nachbarn eine strenge Disziplin einfordern zu können. Der Wille, ein perfektes System zu etablieren und die Einhaltung der Regeln mit einer gewissen Härte durchzusetzen birgt jedoch das Risiko in sich, dass es regelmäßig brennt und das Löschen immer teurer bezahlt werden muss. Wenn Deutschland sich verstärkt bewusst machen würde, was der Euro dem Land gebracht hat und was es durch den Euro gewinnt, könnte es zu mehr Gelassenheit finden.

4. Sind Sie der Ansicht, dass das Paar Deutschland-Frankreich in Bezug auf Europa und die Krisenbewältigung von seinen europäischen Partnern als zu dominant wahrgenommen wird? Ist es Frankreich und Deutschland gelungen, die anderen europäischen Länder, zum Beispiel Polen, das die Ratspräsidentschaft inne hatte, aber auch Italien und Spanien, in ihre Strategie zur Krisenbewältigung einzubinden?

Im Moment einer großen Krise übernimmt stets eine kleine Gruppe die Führung. Nur die Staats- und Regierungschefs haben die notwendige Legitimität, finanzielle Entscheidungen in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zu treffen. Vor diesem Hintergrund sieht sich das Paar Deutschland-Frankreich zweifacher Kritik ausgesetzt: Das deutsch-französische Duo handele im Alleingang und die europäischen Institutionen würden an den Rand gedrängt.

Hierzu ist anzumerken, dass es in den letzten 40 Jahren keine deutsch-französische Lösung gab, die einem anderen Staat Schaden zugefügt hat; die vorgeschlagenen Lösungen standen für alle zur Debatte und jeder konnte sich einbringen. Wir befinden uns in einem offenen System. Was die europäischen Institutionen betrifft, so spielen diese nach wie vor eine Hauptrolle. Die EZB hat sich im Laufe der Krise als unumgängliche europäische Institution erwiesen. Das europäische Parlament erhält Tag für Tag mehr Gewicht. Die Kommission spielt wiederum eine entscheidende Rolle bei den neuen Mechanismen der „europäischen Wirtschaftsregierung“. Eine Kritik wäre gerechtfertigt, wenn die deutsch-französischen Beziehungen Lösungen behindern oder zu Rückschritten auf europäischer Ebene führen würden. Die deutsch-französischen Beziehungen sind jedoch heute - wie auch oft in der Vergangenheit - Ausgangspunkt für fast alle Fortschritte auf europäischer Ebene.

5. Sehen Sie für den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags im nächsten Jahr (2013) noch neue Ziele oder neue Felder für eine vertiefte deutsch-französische Zusammenarbeit? Falls ja, welche?

Als oberste Priorität muss der intensive Dialog fortgeführt werden, den wir 1963 begonnen haben. Nur auf diesem Wege können wir unsere Unterschiede in sich ergänzende

Eigenschaften umwandeln. Wir müssen uns über gemeinsame Werte unterhalten, die uns einander näher bringen, zum Beispiel über die neue Rolle des Staates, die dieser zur Wahrung des Gemeinwohls einnehmen soll gegenüber Einzelinteressen der Finanzakteure.

Es ist dringend erforderlich, eine öffentliche Diskussion zur Krise anzustoßen und zu erklären, was gerade zur Lösung unternommen wird. Nur sehr wenige verstehen etwas davon. Dies ist wichtig, damit sich die Bürger für Europa interessieren.

Wir müssen auch über die Zukunft diskutieren und uns Ziele setzen. Ich halte es für notwendig, einen deutsch-französischen „Rat der Weisen“ einzurichten, der uns eine gemeinsame Bewertung der wirtschaftlichen Situation erlauben und uns zu einem echten Dialog über unsere wirtschaftlichen Strategien verpflichten würde. Dieser Dialog ist auf europäischer Ebene zu schwach ausgeprägt, was zum Teil zu einer „Realitätsverweigerung“ führt und die Zukunftsaussichten im Dunkeln lässt.

Es muss alles dafür getan werden, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen zu erhöhen, die unsere Arbeitsplätze und das Fortbestehen unserer Sozialsysteme garantieren. Franzosen und Deutsche müssen gemeinsam handeln, nicht um die Kommission zu kritisieren, sondern um gemeinsam konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Jede Einigung auf eine europäische Regelung ist eine wunderbare Unterstützung der Unternehmen. Die Vollendung des Binnenmarktes ist notwendig. Darüber hinaus brauchen wir Anreize für Zukunftstechnologien, damit der europäische Wirtschaftsraum weltweit führend wird, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie.



Autor : Bernard DE MONTFERRAND

Diplomat und ehemaliger französischer Botschafter in Deutschland (2007-2011). Geboren am 6. August 1945 in Caudéran (Gironde), Bernard de Montferrand war Generalkonsul in San Francisco (1985-1986) und französischer Botschafter in Singapur (1989-1993), in den Niederlanden (1995-2000), in Indien (2000-2002) und in Japan (2003-2005). Autor zahlreicher Bücher, unter anderem „*Défendre l'Europe*“ (1999), „*Diplomatie, des volontés françaises*“ (2006) und aktuell „*France Allemagne – L'heure de vérité*“ (2011) mit J-L Thiériot als Co-Autor.

Sie können sämtliche Veröffentlichungen der Stiftung auf unseren Internetseiten finden :

www.robert-schuman.eu

Publikationschef : Pascale JOANNIN

DIE ROBERT-SCHUMAN-STIFTUNG wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.